



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Christoph Rabenstein, Diana Stachowitz, Margit Wild SPD**

Drs. 17/1962, 17/3219

Konsequenzen aus der Anhörung „Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik“ ziehen I Anregungen ernst nehmen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Folgerungen sie aus der am Donnerstag, 10. April 2014, durchgeführten Expertenanhörung „Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik“ zieht und welche konkreten Maßnahmen sie in Folge dessen bereits ergriffen hat beziehungsweise zu ergreifen plant.

Insbesondere soll hierbei über folgende Anregungen aus der Anhörung berichtet werden:

- den Wohnungsbau stärker zu fördern (Anregung Bayerischer Städtetag);
- Erstattung der Kosten für Aufwendungen der Kommunen, die sich unabhängig von der reinen Unterbringung der Flüchtlinge ergeben (z.B. Schülerbeförderung, Kita-Plätze, Verwaltungsaufwand für Geldausgabe, Hausmeister);
- das Programm „Fit for move“ dahingehend zu evaluieren, dass Arbeit- und Wohnungssuche verbunden werden und dabei die Residenzpflicht kein Hindernis darstellen darf;
- die Mitwirkungspflichten bei den Passbeschaffungen klar und deutlich zu formulieren, um eine echte Mitwirkung des Betroffenen zu erkennen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin